

LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2024

Verkehr

Förderpolitik und Öffentlichkeitsarbeit

Im Jahr 2024 sind wir wieder auf viele Ungeheimheiten gestoßen, wie das grün geführte Verkehrsministerium Förderprogramme und Öffentlichkeitsarbeit betreibt. Bei **MoBABYlity** wurden Filme produziert, in denen Kinder zu sehen sind, die Haltestangen und Scheiben ablecken, weinen und mit Essen verschmiert sind – für 900.000 Euro. Weiter haben wir das Projekt „**eAuto ausprobieren**“ kritisch begleitet. Mit einem Antrag „Entwicklung und Förderung der **E-Mobilität** in Baden-Württemberg“ wurde klar, wie viel Geld in diesem Bereich mit teils sehr fragwürdigen Vorhaben ausgegeben wurde. Die **Bevölkerungsbefragung „Mobilität und Verkehr“** haben wir aufgegriffen. Diese hat entgegen der grünen Erzählung ergeben, dass 64 Prozent der Befragten der Meinung sind, man brauche ein Auto, auch wenn der ÖPNV gut ausgebaut sei. Und 52 Prozent der Befragten sind der Auffassung, dass Elektroautos nicht umweltfreundlicher sind als Autos mit Verbrennungsmotor. Ganz unsere Meinung!

Schienerverkehr

Im Bahnverkehr haben wir uns mit der **Gäubahnanbindung** auseinandergesetzt. Der Pfaffensteigtunnel wie auch die ETCS-Ausstattung in allen Stufen sind für uns unerlässlich. Eine Flügelung von Zügen in Vaihingen könnte für die Interimszeit eine direkte Anbindung über Renningen ermöglichen – wenn man denn endlich seitens des Landes wollte. Auch haben wir uns mit der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg befasst. Diese ist Eigentümerin zahlreicher Züge und Triebfahrzeuge und damit mit Milliarden Euro im Risiko.

Radverkehr

Im Radverkehr haben wir den Blick auf die **Rad-schnellwege** gerichtet. Für die im Koalitionsvertrag geplanten 20 Radschnellverbindungen wird ein Bedarf von über 570 Mio. Euro (!) angegeben. Einmal mehr schießt das Land dabei auf Gelder des Bundes. Radverkehr ist sinnvoll. Aber wer soll in diesen Zeiten die Mittel für derartige Prestigebauten aufbringen?

Landesmobilitätsgesetz

Das Landesmobilitätsgesetz ging in die Anhörung. Noch immer spuken die **Mobilitäts-Garantie** sowie der **Mobilitätspass** durch den politischen Raum. Dabei sollen alle geschlossenen Ortschaften von fünf Uhr früh bis Mitternacht im Ballungsraum mindestens im 15-Minuten-Takt sowie im Ländlichen Raum im 30-Minuten-Takt bedient werden. Das Land weiß dabei nicht, wie viele zusätzliche Busse und Fahrerinnen und Fahrer dafür benötigt würden und was das alles kosten soll. Leidtragende Finanzierer wären letztlich ohnehin die Stadt- und Landkreise als Aufgabenträger der Busverkehre im ÖPNV. Deshalb auch die Idee des **Mobilitätspasses**. Hierbei kursieren noch zwei Modelle, wie Gemeinden ihre Bürgerinnen und Bürger zur Kasse bitten können: Einwohnerbeitrag oder Kfz-Halter-Beitrag. Wir halten von diesen Zusatzbelastungen nichts. Völlig daneben ist es, mit 4,6 Mio. Euro Steuergeld verpflichtende Radverkehrskoordinatoren bei den Stadt- und Landkreisen vorzuschreiben. Zwar hat der Ministerpräsident zugesagt, dass diese nicht kommen sollen. Es gibt aber Gegenwehr des grünen Fachministers. Wir fordern: Weg mit neuen und unnötigen Pflichten und Ausgaben in Millionenhöhe.

INITIATIVEN

- » Entwicklung und Förderung der E-Mobilität in Baden-Württemberg [Drucksache 17/6186](#)
- » Bevölkerungsbefragung „Mobilität und Verkehr in Baden-Württemberg“ [Drucksache 17/6125](#)
- » Zeitlicher Ablauf, Realisierung und Risiken bei der Anbindung der Gäubahn an S21 [Drucksache 17/6635](#)
- » Bedarfs- und Standortanalyse zum flächendeckenden Lade von E-Lkw in Baden-Württemberg [Drucksache 17/6810](#)
- » Landesanstalt Schienenfahrzeuge Baden-Württemberg (SFBW) [Drucksache 17/7019](#)

ANSPRECHPARTNER



Dr. Christian Jung MdL
Verkehrspolitischer Sprecher

christian.jung@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9250



Friedrich Haag MdL
Sprecher für individuelle Mobilität

friedrich.haag@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9240



Hans Dieter Scheerer MdL
Sprecher für Straßenverkehr und ÖPNV

hansdieter.scheerer@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9280



Markus Flandi
Stv. Fraktionsgeschäftsführer
Parlamentarischer Berater

markus.flandi@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9021

Fokus auf Stärkung der Verkehrsinfrastruktur richten

Jahrelange Versäumnisse und grundlegend geänderte Rahmenbedingungen erfordern energisches Umsteuern in der Verkehrspolitik des Landes.

Nicht nur auf Ebene des Bundes klaffen beschämende Lücken: Ein völlig verrottetes Bahnnetz, Pünktlichkeitswerte, die nach der Phase des Spotts nur noch Mitleid erregen und ein erheblicher Sanierungsstau bei Autobahnen und Bundesstraßen - im schlimmsten Fall mit Brückensperrungen. Wir als Landtagsfraktion beschäftigen uns intensiv mit der Situation der Verkehrsinfrastruktur in Landesverantwortung. Nicht erst seit dem Brückeneinsturz in Dresden fordern wir deutlich mehr Mittel für den Straßenerhalt und damit auch für Brücken. Ebenso sind viele so genannte Stützbauwerke dringend zu sanieren. Der grüne Verkehrsminister in Baden-Württemberg, Winfried Hermann, betont zwar, dass er statt der ursprünglich angesetzten 165 Mio. Euro für den Erhalt der Landesstraßen deutlich mehr Geld bräuchte – es geschieht aber so gut wie nichts. Lediglich auf den letzten

Drücker hat sich die Koalition ein wenig bewegt (+19 Mio. Euro) und das wohl nur wegen unserer Anstrengungen. Wir haben bei den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2025/2026 klare Kante gezeigt: Rund 85 Mio. Euro je Jahr mehr für den Erhalt der Landesstraßen, je 25 Mio. Euro mehr für die Planung von Bundes- und Landesstraßen. Hiervon sind 5 Mio. Euro fest für die Planung des Grünen Tunnels als sinnvolle Variante des Nordosttring Stuttgart vorgesehen. 21 Mio. Euro im Jahr 2025 und 17 Mio. Euro für das Jahr 2026 mehr für Neubau/Ortsumgehungen sowie 5 Mio. Euro mehr je Jahr für Brückenuntersuchungen. Und das alles haben wir durch Einsparungen an anderer Stelle solide finanziert! Das zeigt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir Freie Demokraten stehen für leistungsfähige Infrastruktur, Wettbewerbsfähigkeit und damit für Wohlstand.

ARBEITSKREIS



Verkehr

ANSPRECHPARTNER

Dr. Christian Jung MdL

Friedrich Haag MdL

Hans Dieter Scheerer MdL

INITIATIVEN

- » Schlussfolgerungen aus dem Brückeneinsturz in Dresden auf den Sanierungsplan von Brücken im Zuge von Bundes- und Landesstraßen [Drucksache 17/7446](#)